



Haushalt ohne Plan?

Wir fordern Klarheit und soziale Prioritäten

Seit Monaten warten wir auf belastbare Zahlen zur Haushaltsplanung 2026/27. In der letzten Sitzung vor der Sommerpause legte das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf erneut keinen Entwurf vor. Dabei hatte sich der Berliner Senat ausdrücklich das Ziel gesetzt, die Haushaltsentwürfe noch vor der Sommerpause in den Bezirksverordnetenversammlungen vorzulegen. Dieses Ziel wurde verfehlt – wieder einmal.

Statt Klarheit gibt es Verzögerung. Die Übergabe des Haushaltsentwurfs wird nun ausgerechnet für die letzte Ferienwoche angesetzt. Den Bezirksverordneten bleiben damit nur rund drei Wochen, um den Entwurf in den Ausschüssen zu beraten, Änderungsanträge zu formulieren und einen Beschluss zu fassen. Eine ernsthafte demokratische Beteiligung sieht anders aus. Und es steht zu befürchten, dass in dieser kurzen Zeit Kürzungen durchgedrückt werden, ohne die Öffentlichkeit wirklich einzubeziehen.

Gleichzeitig bleiben wichtige Fragen offen: Welche Bereiche werden

gestärkt – und wo soll gespart werden? Schon im Frühjahr hatte das Bezirksamt eine Investitionsplanung vorgelegt, die vielen notwendigen Vorhaben eine Absage erteilte: Schulsanierungen, die Instandhaltung von Spielplätzen, Brunnen und Gehwegen werden verschoben – teils um Jahre. Dabei wären diese Investitionen dringend notwendig.

Zugleich ließ das Bezirksamt 2024 rund vier Millionen Euro an Bau- und Investitionsmitteln ungenutzt verfallen. In Zeiten knapper Kassen ist das nicht nur ärgerlich, sondern unverantwortlich. Der Investitionsstau wächst, die Probleme vor Ort verschärfen sich – während Millionen ungenutzt bleiben. Auf unsere Initiative hin gibt es nun zumindest eine Berichtspflicht über den Stand der Mittelverwendung. So wollen wir verhindern, dass Gelder künftig erneut verloren gehen.

Währenddessen ringt die Bundesregierung um neue Prioritäten – etwa mit einem Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für Rüstung und

Infrastruktur. 100 Milliarden sollen an Länder und Kommunen gehen. Doch ob davon etwas in Marzahn-Hellersdorf ankommt, ist offen.

Für uns ist klar: Statt Milliarden für militärische Aufrüstung bereitzustellen, muss ausreichend Geld für soziale Infrastruktur vorhanden sein. Die Realität sieht anders aus. Gekürzt wird meist dort, wo Menschen ohnehin schon wenig haben. Das zeigt auch die Ablehnung unseres Antrags, zusätzliche Bundesmittel einzuwerben. SPD, CDU und AfD stimmten gemeinsam dagegen. Das Interesse am Wohl des Bezirks scheint dort keine Priorität zu haben.

Wir lassen uns davon nicht entmutigen. Der Haushalt darf nicht zulasten derer gehen, die Unterstützung brauchen. Wir fordern klare soziale Prioritäten, transparente Planung und den Schutz zentraler Lebensbereiche wie Bildung, Gesundheit und Teilhabe. Wir bleiben dran – für ein sozial gerechtes Marzahn-Hellersdorf.



Sarah Bigall & Bjoern Tielebein

Fraktionsvorsitzende

✉ sarah.bigall@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

✉ bjoern.tielebein@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

Wochenmärkte in der Krise:

Wann handelt endlich das Bezirksamt?

In der letzten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf (17.07.) ließ sich die Linksfraktion von Bürgermeisterin Nadja Zivkovic (CDU) Auskunft zur Situation der Wochenmärkte im Bezirk geben. Allerdings lieferte die Bürgermeisterin kaum konkrete Aussagen darüber, welche Maßnahmen das Bezirksamt zur Förderung der Wochenmärkte aktuell ergreift oder für die Zukunft plant.

Die Genehmigungsdauer für Stände beträgt unverändert nur ein Jahr. Das ist schlicht zu kurz und ein zu hoher bürokratischer Aufwand für die Marktbetreibenden. Doch das Bezirksamt lässt keine Bereitschaft erkennen, hier nachzubessern. „Das ist so Usus“, gibt die Bürgermeisterin lediglich zu Protokoll. Es muss wohl alles so bleiben, wie es immer schon war.

Hintergrund der Anfrage der Linken ist ein BVV-Beschluss aus dem Oktober 2023. Das Bezirksparlament forderte damals, also vor fast zwei Jahren, das Bezirksamt auf, die Situation der Märkte zu überprüfen und konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Märkte zu entwickeln. Doch passiert ist seither offenbar nicht viel: Das Bezirksamt konnte keine konkreten Gespräche mit Marktbetreibenden über die Verbesserung der Situation nennen.

Der Bürgermeisterin zufolge liegt die Zahl der Wochenmärkte im Bezirk in den letzten zehn Jahren konstant bei fünf: am Alice-Salomon-Platz (Helle Mitte), in der Roedernstraße



in Mahlsdorf, am Helene-Weigel-Platz (Marzahn-Süd), auf der Marzahner Promenade (Marzahn-Mitte) sowie am Biesdorf-Center. Doch in dieser Aufzählung fehlen zwei Märkte: der Markt auf dem Barnimplatz und der Markt auf dem Cecilienplatz. Offenbar war die Bürgermeisterin nicht optimal vorbereitet oder das Bezirksamt interessiert sich einfach nicht genug für die Zukunft unserer Märkte.

Wochenmarkt Termine:

Wochenmarkt Helle Mitte,
Alice-Salomon-Platz:
Mittwoch und Freitag je 8 - 16 Uhr
Wochenmarkt Mahlsdorf,
Roedernstraße 48: jeden Donnerstag
8 - 16 Uhr

Wochenmarkt Helene-Weigel-Platz:
Montag-Freitag je 9 - 17 Uhr, Samstag
9 - 14 Uhr
Wochenmarkt Marzahner Promenade,
Marzahner Promenade 30-33: Montag/
Mittwoch/Freitag je 9 - 17 Uhr
Wochenmarkt Elsterwerdaer Platz:
Dienstag und Donnerstag je 9 - 17 Uhr
Wochenmarkt Cecilienplatz,
Ernst-Bloch-Straße: Montag/Mittwoch/
Freitag je 9 - 18 Uhr
Wochenmarkt Barnimplatz:
Dienstag 7 - 16 Uhr



Paul Lehmann

Sprecher für Wirtschaftspolitik

✉ paul.lehmann@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de

Bonusprogramm sichern!

Zukunft von Kindern stärken.

Die Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf hat im Juni beschlossen, dass sich das Bezirksamt beim Berliner Senat für den Erhalt des Bonusprogramms für Schulen einsetzen soll. Wir begrüßen diesen Beschluss ausdrücklich, denn es darf nicht sein, dass ein bewährtes Programm dem Rotstift zum Opfer fällt. Nun kommt es darauf an, dass dem Beschluss auch entschlossenes Handeln folgt.

Das Bonusprogramm wurde 2014 eingeführt und richtet sich an Schulen mit besonderen Herausforderungen. Gemeint sind vor allem Schulen, in denen viele Kinder sprachliche Förderung benötigen oder finanziell benachteiligt sind. Diese Schulen leisten tagtäglich enorme Arbeit. Das Bonusprogramm unterstützt sie dabei mit zusätzlichen Mitteln, die sie eigenverantwortlich einsetzen können. Bis zu 100.000 Euro jährlich stehen pro Schule zur Verfügung – etwa für Schulsozialarbeit, Sprachförderung oder Projekte mit Familien.

Doch der Berliner Senat aus CDU und SPD hat genau hier gekürzt. In zwei Schritten, Ende 2024 und Anfang 2025, sollen die Mittel stark reduziert werden. Das ist ein Rückschlag für Schulen, die auf diese Unterstützung angewiesen sind. Auf dem Rücken besonders von Grundschulkindern mit Förderbedarf wird die inklusive Schule angegriffen.



Schulsozialarbeiterinnen, Schulsozialarbeiter und andere Fachkräfte, die gemeinsam mit dem Lehrpersonal arbeiten, werden entlassen. Dabei ist genau diese Zusammenarbeit entscheidend für bessere Bildungschancen und soziale Teilhabe.

Die Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf hat deshalb beantragt, dass sich das Bezirksamt für die Rücknahme der Kürzungen einsetzt. Dass die Bezirksverordnetenversammlung dem mehrheitlich gefolgt ist, ist ein wichtiges Signal. Aber ein Beschluss reicht nicht. Jetzt muss gehandelt werden, damit die Mittel gesichert bleiben.

Bildung darf keine Frage der Herkunft sein. Gerade in Marzahn-Hellersdorf, wo viele Kinder in prekären Lebensverhältnissen aufwachsen, braucht es gezielte Unterstützung. Die

Kürzungen gefährden die Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt. Wir fordern, das Bonusprogramm nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen. Statt Kürzungen braucht es verlässliche Mittel und mehr Planungssicherheit. Gute Bildung beginnt mit guter Ausstattung. Wer bei Schulen spart, spart an der Zukunft der Kinder.



Regina Kittler

Sprecherin für Kultur und Bildung

✉ kittler@dielinke.berlin



**Immer auf dem Laufenden bleiben:
Jetzt den Newsletter der
BvV-Fraktion abonnieren!**

www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de/newsletter

Abriss der Kleeblattpassage

Stadtentwicklung gegen die Nachbarschaft



Die Kleeblattpassage soll abgerissen und durch ein Neubauprojekt mit fast 400 Wohnungen ersetzt werden. Das plant das CDU/SPD-geführte Bezirksamt – ohne Rücksicht auf bestehende Beschlüsse oder die Interessen der Anwohnerschaft. Vorgesehen sind Gebäude mit bis zu 16 Etagen, doch ein Gesamtkonzept für die soziale Infrastruktur fehlt. Weder Schulen noch Kitas oder ärztliche Versorgung sind Teil der Planung. Auch die wohnortnahe Versorgung mit alltäglichen Dingen würde mit dem Abriss entfallen.

Die Linke spricht sich klar für den Erhalt und die Sanierung der bestehenden Kleeblattpassage aus. Sie erfüllt eine wichtige Funktion im Kiez. Das geplante Ensemble aus Versorgung, Wohnen und Begegnung war städtebaulich durchdacht und prägt den Ort bis heute. Eine solche Struktur darf nicht leichtfertig aufgegeben werden.

Die Anwohnerschaft setzt sich entschieden zur Wehr. Über 2000 Unterschriften wurden für einen Einwohnerantrag gesammelt

– ein starkes Signal. Bei einer öffentlichen Veranstaltung kamen mehr als 300 Nachbarinnen und Nachbarn zusammen, um sich zu informieren, ihre Forderungen deutlich zu machen und sich auszutauschen.

Diese Forderungen sind eindeutig: Die Passage soll als Nahversorgungszentrum mit bezahlbaren Gewerbeflächen und Arztpraxen erhalten bleiben. Die bisher ignorierte Bürgerbeteiligung muss ernsthaft und transparent nachgeholt werden. Und die Forderung des Bezirksparlaments nach einer Höhenbegrenzung auf maximal Vier Etagen, muss endlich umgesetzt werden.

Trotz allem bleiben Reaktionen des Bezirksamts vage. Statt Klarheit und Beteiligung gibt es ausweichende Antworten. Die Erfahrungen zeigen: Bereits in der Vergangenheit wurden demokratisch gefasste Beschlüsse ignoriert. Parallel laufen nun erste vorbereitende Maßnahmen auf dem Gelände – obwohl ein Dialog mit der Nachbarschaft noch aussteht.

Wer Beteiligung will, muss sie ernst meinen. Ein Gespräch auf Augenhöhe kann erst stattfinden, wenn vor Ort nicht gleichzeitig die Bagger anrollen.

Die Linke fordert: Die Bauvorbereitungen müssen gestoppt werden. Der Einwohnerantrag und bestehende BVV-Beschlüsse sind umzusetzen. Statt weiterer Verdichtung braucht es den Erhalt funktionierender Strukturen. Statt noch mehr Beton braucht es Schulen, Kitas und Versorgung für die wachsenden Wohngebiete. Statt Intransparenz braucht es eine sozial gerechte Stadtentwicklung, die auf die Menschen vor Ort hört.



Kontakt zur Fraktion

**Die Linke Fraktion in der
BVV Marzahn-Hellersdorf**
Premnitzer Straße 13,
12681 Berlin

☎ 030 902935820 | 0155 60020818
✉ linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de
🌐 kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de
📘 fb.com/LinksfraktionMarzahnHellersdorf
🐦 twitter.com/LinksfraktionMH

Sprechzeiten

Montag 15 - 17 Uhr
Dienstag 10 - 12 Uhr
Mittwoch 15 - 18 Uhr
Donnerstag 12 - 16 Uhr

